



Landeshauptstadt  
Mainz

# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Haupt- und Personalausschusses**

**am 23.09.2015**

## **Anwesend**

### **Vorsitz**

Michael Ebling

### **Mitglieder**

Caroline Blume - Vertretung für Daniel Köbler, MdL -  
Dr. Gerd Eckhardt  
Klaus Hafner  
Dr. Brian Huck  
Denny Jera - Vertretung für Marc-Antonin Bleicher -  
Walter Koppius  
Martina Kracht  
Sylvia Köbler-Gross  
Dr. Eckart Lensch  
Kurt Mehler  
Dr. Claudius Moseler  
Tupac Simon Orellana Mardones - Vertretung für Jasper Proske -  
Dr. Christine Pohl  
Uta Schmitt - Vertretung für Sabine Flegel -  
Hannsgeorg Schöning  
Claudia Siebner - Vertretung für Wolfgang Reichel, MdL -  
Christian Viering  
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr - Vertretung für Heinz-Werner Stumpf -  
Torsten Wegmann - Vertretung für Martin Kinzelbach -

### **Schriftführung**

Detlef Blessing

### **Entschuldigt fehlen**

Marc-Antonin Bleicher  
Sabine Flegel  
Martin Kinzelbach  
Daniel Köbler, MdL  
Jasper Proske  
Wolfgang Reichel, MdL  
Heinz-Werner Stumpf

## Tagesordnung

### a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 5
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 26.08.2015

### b) öffentlich

3. Interkommunale Zusammenarbeit, Bildung einer gemeinsamen Zentralen Bußgeldstelle
4. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
5. Mitteilungen

### c) nicht öffentlich

6. Personalangelegenheiten
7. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

**Punkt 3**            **Interkommunale Zusammenarbeit, Bildung einer gemeinsamen Zentralen Bußgeldstelle;**  
**hier: Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Kreisverwaltung Mainz-Bingen**  
**Vorlage: 1607/2015**

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch Herrn Oberbürgermeister Ebling nimmt der Haupt- und Personalausschuss den Abschluss zweier Zweckvereinbarungen zwischen der Kreisverwaltung Mainz-Bingen und der Stadtverwaltung Mainz im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zur Kenntnis. In den Zweckvereinbarungen wollen die Beteiligten regeln, dass

und nach welchen Maßgaben

- a) eine Zentrale Bußgeldstelle für den Verkehrsbereich bei der Stadtverwaltung Mainz und
- b) eine Zentrale Bußgeldstelle für alle sonstigen Bußgeldangelegenheiten bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen eingerichtet wird.

Zusätzlich wird die Höhe der Kostenerstattung in einer Zusatzvereinbarung zur Zweckvereinbarung Punkt a) betreffend geregelt.

Dem Stadtrat wird einstimmig nachfolgende Beschlussfassung empfohlen:

Der Stadtrat beschließt den Abschluss beider Zweckvereinbarungen und ermächtigt die Verwaltung zur eigständigen Anpassung der Zusatzvereinbarung im Einvernehmen der Beteiligten.

Die für die Erstattung der entstehenden Kosten an den Landkreis Mainz-Bingen notwendigen Haushaltsmittel sind vom Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport den jeweiligen Ämtern bereitzustellen, sofern sich diese nicht durch die Erstattung aus der Zweckvereinbarung im aktuellen Haushaltsjahr refinanzieren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.09.2015.

**Punkt 4**            **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**  
**hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-**  
**leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: 1636/2015**

Einstimmig stimmt der Haupt- und Personalausschuss der Vorlage zu und empfiehlt dem Stadtrat gleichlautende Beschlussfassung:

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2015 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0066/2015, 0071/2015 sowie 0074/2015 aus 2015 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2015.

**Punkt 5**            **Mitteilungen**

**Punkt 5.1**        **Sachstand Antrag "Audio-Streaming"**

Seitens der FDP-Fraktion wird gebeten, für die nächste Haupt- und Personalausschuss-Sitzung einen aktualisierten Sachstandsbericht vorzulegen.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

**Ende der Sitzung: 16:40 Uhr**

gez. Michael Ebling  
Vorsitz

gez. Detlef Blessing  
Schriftführung